

Post aus Berlin

Rundbrief der
AfD Landesgruppe Bayern
im Deutschen Bundestag



www.afdbayern.de

AfD

A large, stylized red arrow graphic that curves upwards and to the right, positioned below the "AfD" text.

Machtmissbrauch und Vetternwirtschaft

Die Budgets der parteinahen Stiftungen sind mit 700 Millionen Euro extrem hoch. Die AfD hat schon 2019 ein Stiftungsgesetz eingebracht und darin eine Absenkung um 70% gefordert.

Erst die Klage der AfD vor dem Bundesverfassungsgericht beendete im Februar '23 endlich die jahrzehntelangen Kungeleien aller Altparteien und ihrer Stiftungen.

Jetzt das Stiftungsfinanzierungsgesetz: Ein dreistes Lehrstück für Machtmissbrauch und Vetternwirtschaft.

Schon formal mit der Vorgabe der drei Legislaturperioden in Folge, die die tragende Partei im Bundestag sein muss, denn das Urteil von Februar regelt glasklar, dass es nicht einmal einer Legislatur bedarf! Und für die Stiftungen von FDP u. Linken sogar noch eine völlig willkürliche Ausnahme von dieser neuen Regel. Das verhöhnt das Verfassungsgericht!

Im neuen Gesetz urteilt nun der Bundestag, nur den sechs Stiftungen der sechs Altparteien einen FDGO-Persilschein zu erteilen und zunächst nur diese als förderfähig anzuerkennen! Mehr Dreistigkeit geht kaum.

Nach §2 sollen Regierungsstellen Richter über politische Konkurrenten sein: Schon ein „Verdachtsfall“ kann Stiftungen ausschließen. Das widerspricht so-

gar den Vorgaben des BMI-Gutachtens, in dem steht „Das Bundesamt für Verfassungsschutz [hat] keine über das Sammeln von Information hinausgehenden Befugnisse“...

Der Gesetzestext mit schwammigen Begriffen wie „Gesamtschau“ läuft darauf hinaus, neue Stiftungen über willkürlich auslegbare Förderkriterien von der Mittelvergabe auszuschließen.

Im September schrieb die WELT: „Den Eindruck, eine ‚Lex AfD‘ zu schaffen, will man unbedingt vermeiden“. Dieses Vorhaben ist krachend gescheitert: Die grüne taz titelt im Indikativ und mit sicherer Prognose: „AfD-Stiftung bleibt aufm Trockenen“.

Die Erasmus-Stiftung der AfD ist seit ihrer Gründung 2017 in keinerlei Weise gegen die FDGO aktiv geworden noch behauptet das irgendjemand. Trotzdem wird ihr absehbar mit der „Begründung“ dieses neuen Gesetzestextes bei der Haushaltsverabschiedung '24 auch im achten Jahr ihrer Existenz jede staatliche Förderung vorenthalten!

Vollversion und Video:

<https://www.pboehringer.de/dreistes-lehrstueck-fuer-machtmissbrauch-und-vetternwirtschaft>

Peter Boehringer, MdB

Wahlkreis 232: Amberg

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

- Haushaltspolitischer Sprecher der AfD Fraktion
- Obmann und ordentliches Mitglied im Haushaltsausschuss
- Obmann im Unterausschuss zu Fragen der EU
- Stellv. Mitglied im Ausschuss für Angelegenheiten der EU
- Mitglied im Vorstand des Kuratoriums der KENFO-Stiftung

 pboehringer

 peter.boehringer@bundestag.de

 www.pboehringer.de

 pboehringer_mdb

 PeterBoehringer

 pboehringer

 Peter.BoehringerCom

 pboehringer

Agrarminister Özdemir auf Sommertour gegen AfD

Unter dem Motto «Die Kraft unseres Landes» ging es für unseren Bundesagrarminister Cem Özdemir dieses Jahr auf Sommertour durch sechs Bundesländer. Erst im Osten, dann noch nach Hessen und Bayern. In Hessen und Bayern waren Anfang Oktober Landtagswahlen. Die Überschrift der Tour wurde bewusst gewählt, laut Özdemir. Eins ist klar, es zielt auf die AfD und unsere hohen Umfragewerte, denn diese waren herausragend. 15 Prozent und aufwärts. Doch der Kampf gegen die AfD hat in Hessen und Bayern nicht gefruchtet. Die AfD erreichte 18 und 14 Prozent!

Aber es stellt sich die Frage, wieviel hat diese Reise, welche wie ein durch Steuergelder finanzierter Wahlkampf erscheint, gekostet?

Genau diese Frage stellte ich der Bundesregierung und erhielt folgende Antwort: Alleine die Kosten für Fotos und Videos beliefen sich auf 11.292 Euro netto. Reise- und Übernachtungskosten wurden mir nicht detailliert mitgeteilt.

(Link zur schriftlichen Frage und Antwort: <https://dip.bundestag.de/vorgang/kosten-f%C3%BCr-die-fotografische-begleitung-von-bundesminister-cem-%C3%B6zdemir-bei/303049?f.de-skriptor=Bundesministerium%20f->

<https://www.bundestag.de/Druckansicht/Druckansicht?documentId=2007719&rows=25&pos=7>

Mit diesem Wissen als Hintergrund ist es doch besonders bitter zu hören, dass die Bundesregierung aus Geldgründen wieder einmal ablehnt die deutsche Landwirtschaft zu unterstützen. Die Bundesregierung hat ausgeschlossen, sich an einer dauerhaft angelegten Mehrgefahrenversicherung gegen witterungsbedingte Risiken für landwirtschaftliche Betriebe zu beteiligen. Dies hat die Antwort auf unsere kleine Anfrage ergeben: <https://dserver.bundestag.de/btd/20/077/2007719.pdf> Die erneute Weigerung der Bundesregierung, die Prämien für Versicherungen gegen Dürre, Starkregen, Sturm oder Frost zu bezuschussen, benachteiligt die deutsche Landwirtschaft. Denn fast alle unsere europäischen Partner unterstützen ihre Landwirte dementsprechend und haben dadurch einen Wettbewerbsvorteil. Zwar dürfen die Bundesländer Ernteversicherungen grundsätzlich fördern, wir benötigen hier jedoch eine gute bundesweite Lösung.

Klar ist: Die Steuergelder müssen in sinnvolle Projekte gesteckt werden, die unser Land voran bringen und keine sinnlosen grünen Ideologien!

Stephan Protschka, MdB

Wahlkreis 230: Rottal-Inn

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

- Obmann im Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft
- Stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen

 /StephanProtschkaMdB

 stephan.protschka@bundestag.de

 /protschka.stephan

 www.stephan-protschka.de

 /Protschka

 @stephan.protschka.mdb

 @AfDProtschka

 @protschkasposition

Fachkräfte werden abgeschoben, Terroristen werden reingelassen

Deutschland schiebt die Falschen ab. Millionen wandern in den Sozialstaat ein, Tausende Kriegsverbrecher suchen in Deutschland Unterschlupf, aber echte Fachkräfte und wirklich politisch verfolgte werden abgeschoben. Dieser "Alle sind gleich"-Wahnsinn, nach dem Kriegsverbrecher genauso schützenswert sind wie Opfer eines Völkermords, muss enden und zwischen Verfolgtem und Verfolger als auch zwischen Fachkraft und Sozialleistungsbezieher endlich wieder unterschieden werden.

Im Bundestag wurde diesen Monat unter anderem das Pflegestudiumstärkungsgesetz debattiert. Mit diesem Gesetz soll die Anerkennung ausländischer Abschlüsse erleichtert und damit Standards im deutschen Gesundheitswesen abgesenkt werden. Angeblich dient das der Fachkräftezuwanderung. Doch wie sieht die Realität aus? Ich habe exemplarisch das Schicksal zweier Jesiden öffentlich gemacht, die als Jugendliche aus dem Nordirak vor dem IS fliehen konnten und sich in Deutschland bestmöglich integriert haben, inklusive abgeschlossener Ausbildung in der Pflege beziehungsweise als Hebamme. Diese Menschen sollen nun allen Ernstes abgeschoben werden, während ihre Verfolger, radikalislamische Terroristen, weiterhin im Land bleiben und Sozialleistungen beziehen dürfen.

Die Regierung ist gerade aufgrund der jüngsten Kriegsereignisse im Nahen Osten und des Angriffs der Hamas auf Israel im Abschiebeaktionismus und schiebt vor allem jene ab, die sich am wenigsten wehren.

Das ist ein völlig falscher Ansatz und wird die massenhafte Zuwanderung von Kriminellen und Sozialleistungsbeziehern nicht stoppen. Das geht nur durch Grenzkontrollen, bei denen man nur jene ins Land lässt, die dazu wirklich berechtigt sind und vorher falsche finanzielle Anreize stoppt. Statt deutsche Standards abzusenken, muss die Regierung endlich mit einer vernünftigen Migrationspolitik beginnen, die wirklich Verfolgte schützt.

Martin Sichert, MdB

Wahlkreis 244: Nürnberg-Nord

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

Ordentliches Mitglied:

- Ausschuss für Gesundheit
 - Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe
- Gesundheitspolitischer Sprecher

 /sichertmartin

 /martinsichert

 /martinsichertinfo

 /MartinSichertMdB

 /Martin_Sichert

 martin.sichert@bundestag.de

Rote Ampel gegen den Straßenverkehr

Gleich mit drei Gesetzen stellt die Regierung die Ampeln für den Straßenverkehr weiter auf „Rot“. Es sind die Grünen, die die Richtung vorgeben – die FDP schluckt eine politische Giftpille nach der anderen und ihr Verkehrsminister darf sie als Frühstücksdirektor auch noch präsentieren.

Erstens: die massive Erhöhung der Lkw-Maut auf den etwa doppelten Satz zum 1.12.2023. Der Zuschlag wird nach dem CO₂ mit 200 Euro pro Tonne berechnet. Das ist sogar mehr als die (für die Grünen) „heilige Greta“ mit 180 Euro pro Tonne verlangt hat und zeigt die Maßlosigkeit der Regierung beim Drehen an der Steuerschraube. Das Geld will man v.a. zugunsten der Bahn und als Zubrot für den allgemeinen Haushalt verwenden. Dass das über die Transportkosten für praktisch alle Waren die Inflation anheizt, nimmt man in Kauf – und genauso das Ende vieler mittelständiger Speditionsfirmen, die die zusätzlichen Kosten nicht vollständig an ihre Kunden weitergeben können.

Zweitens: die Änderungen im Straßenverkehrsgesetz. Tempo 30 oder sogar 20 in allen rot-grünen Städten und Kommunen? Das könnte aus dem zusätzlichen „Spielraum“ bei der Verkehrs-

regelung werden, für den die Regierungskoalition neben die Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs neue Ziele setzt: Umwelt- und Klimaschutz, Gesundheit und städtebauliche Entwicklung. Im Kern bedeutet diese StVG-Novelle freie Bahn für grün ideologisierte Bürgermeister und Stadträte, um den Straßenverkehr in Städten und Gemeinden noch stärker auszubremsen. Tempo 20 bedeutet z.B., dass Autos in der Regel Radfahrer gar nicht mehr überholen können, weil dafür eine spürbare Geschwindigkeitsdifferenz nötig wäre.

Drittens: eine sehr einseitige Gesetzgebung mit dem Ziel, Pläne für Verkehrsinfrastrukturprojekte schneller genehmigt zu bekommen. Pauschal gelten künftig alle Projekte für den Schienenverkehr als „im überragenden öffentlichen Interesse“; das soll bei der Abwägung mit anderen Rechtsgütern hilfreich sein. Anders im Straßenbau: für Bundesfernstraßen gibt es eine strikt begrenzte Liste von 138 Streckenabschnitten, für die man die Genehmigung beschleunigen will. Das man das überhaupt macht, ist zwar kein Schaden, aber die „grüne“ politische Schlagseite ist allzu offensichtlich.



Wolfgang Wiehle, MdB

Wolfgang Wiehle, AfD

Wahlkreis 219 München-Süd

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

Ordentliches Mitglied

- Haushaltsausschuss
- Verkehrsausschuss

Stellvertretendes Mitglied

- Ausschuss für Digitales
- Petitionsausschuss

 wolfgang.wiehle@bundestag.de

 /w.wiehle

 www.wolfgang-wiehle.de

Würgassen – das Luxus Spa für mittelradioaktive Abfälle

Nachdem Schacht Konrad vor Gericht letztinstanzlich als Endlager für radioaktive Abfälle mit mittlerer Strahlendosis bestätigt worden ist, hat sich auch die Bundesregierung langsam daran gemacht das Vorhaben in die Tat umzusetzen. Langsam ist hier das Stichwort. Bereits jetzt stehen schon mehrere Jahre an Projektverzug an, die den Beginn der Einlagerung dieser Abfälle verzögern und verteuern werden. Und ‚vertuern‘ ist gleich das zweite Stichwort, denn sämtliche Maßnahmen rund um den Schacht Konrad werden als exklusive Goldrandlösung geplant, um die Kosten in die Höhe zu treiben.

Beide Mißstände sind vorsätzlich. Das Bundesumweltministerium mit den nachgeschalteten Bundesbehörden zur Endlagerung betreibt seit Jahren eine Nuklearpolitik die die Kernenergie als teuer, unzuverlässig und zeitaufwendig brandmarken soll. Rund um den Schacht Konrad sieht dies dann folgendermaßen aus, dass ab dem Zeitpunkt der Inbetriebnahme pro Tag 12 Frachteinheiten, bestehend aus entweder 12 Konradcontainern oder 24 Fässern auf Paletten eingelagert werden sollen. Im Einschichtbetrieb. 24 Fässer in 8 Stunden, also 3 Faß die Stunde oder ein Faß alle 20 Minuten.

tempo als Maßstab angenommen haben um diese glaziale Geschwindigkeit für die Einlagerung vorzugeben, einer Industrienation würdig ist sie nicht.

Aber es geht weiter. Da vor Ort am Schacht Konrad kein Logistikpuffer vorgesehen ist, der die Einlagerung von einer just-in-time Anlieferung entkoppeln würde (der Schacht ist zwar von Äckern umgeben, aber das kann man dort nicht bauen) soll in Ostwestfalen am Standort des ehemaligen KKW Würgassen ein Logistikzentrum errichtet werden, um Zwischenlagerung zu ermöglichen und eine Vorpartitionierung der Transporte nach Schacht Konrad durchzuführen. Wir reden von eben den 12 Transporteinheiten pro Tag, nicht mal ein ganzer Zug. Die Ansprüche für Würgassen wurden auch schon nach unten geschraubt, aus den ehemals 10 Zügen am Tag werden nun 2, einer raus und einer rein.

Nach einer gewonnenen Wahl würde die Arbeit einer AfD geführten Regierung erst beginnen. In den Ministerien und Amtsstuben müsste man zuerst die alte Ideologie entrümpeln.

Man stellt sich unwillkürlich die Frage, ob die Beamten ihr eigenes Arbeits-

Rainer Kraft, MdB Landesgruppenchef

Wahlkreis 253: Augsburg-Land

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

Obmann im Parlamentarischen Beirat für nachhaltige Entwicklung

Ordentliches Mitglied

- Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit
- Parlamentarischer Beirat für nachhaltige Entwicklung
- Ausschuss für Klimaschutz und Energie

Stellvertretendes Mitglied im Verkehrsausschuss

 @Dr_Rainer_Kraft

 www.rainer-kraft-mdb.de

 /RainerKraftAfD

 /dr.rainer.kraft

Stationierung einer deutschen Kampfbrigade in Litauen

Verteidigungsminister Pistorius machte überraschend im Juni beim Treffen mit seinem litauischen Amtskollegen die Zusage, ab 2025 dauerhaft eine „robuste“ Brigade mit 4.000 Soldaten in Litauen zu stationieren und dies, ohne das Parlament vorher zu beteiligen. Erstmals in der Geschichte der Bundeswehr soll eine schwere Kampfbrigade des Heeres mit Kampf- und Schützenpanzern, Sanitätskräften, Feldjägern, IT-Spezialisten und Verwaltungsexperten samt ihren Familien permanent auf ausländischem Boden an der NATO-Ostflanke stationiert werden.

Anstatt auf Deeskalation im Verhältnis zu Russland hin zu arbeiten gießt die Ampel-Regierung mit der Stationierungszusage weiteres Öl ins Feuer und kündigt de facto die NATO-Russland-Grundakte von 1997. Das Vertragswerk sieht als Teil der Sicherheitsarchitektur in Europa nach dem Ende des Kalten Krieges ausdrücklich den **Verzicht auf die dauerhafte Stationierung** von NATO-Truppen auf dem Gebiet der ehemaligen Ostblockstaaten vor.

Obwohl die Litauen-Brigade nach den Worten des Ministers das bislang größte Projekt unserer Parlamentsarmee ist, ließ sich Pistorius drei Monate Zeit, um uns im Verteidigungsausschuss seinen unausgegorenen Plan

vorzustellen. Dabei hinterließ er mehr Fragen als Antworten.

Die Brigade von nun „nur“ noch 3.500 Soldaten soll durch Herauslösen aus bestehenden Truppenteilen aufgestellt und in Litauen zusammengeführt werden. Unklar ist allerdings noch, wo die Mittel für die erheblichen Kosten der Stationierung herkommen sollen. Mittelfristig ist von einem Mehrbedarf von bis zu **6 Milliarden Euro** auszugehen, der nicht im Verteidigungsetat abgedeckt ist.

Allein die Personalkosten werden durch Auslandszulagen, Pauschalen, Reisekosten, Kinderbetreuung, Schulen u.a. um ca. 190 Millionen pro Jahr steigen. Auf die Frage was passiert, wenn sich trotz finanzieller Anreize nicht genügend Freiwillige finden, war die Antwort, am Ende zähle das Ergebnis und damit wären auch Zwangsversetzungen nach Litauen nicht ausgeschlossen.

Ich werde gegen dieses, rein politisch motivierte, Projekt kämpfen, denn es ist militärisch unsinnig, kostet Unsummen und birgt nur weiteres Konfliktpotential an der NATO-Ostgrenze.



Gerold Otten, MdB

Wahlkreis 221: München Land

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

Ordentliches Mitglied:

- Verteidigungsausschuss
- Unterausschuss Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung
- Interparlamentarische Konferenz für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik
- NATO Parlamentarische Versammlung

 /GeroldOttenAfD

 @gerold_otten

 /gerold.otten

Web: www.mdb-otten.de

 /t.me/MdB_Otten

EU-Kommission will Twitter bzw. X sperren?

Es war zu erwarten, dass die EU-Kommission irgendwann ernst macht und allzu unliebsame Informationsquellen im Internet „hinterfragt“. Nun kann man von Elon Musk und seinen Eskapaden halten was man will, ein konsequenter Verteidiger der freien Meinung ist er definitiv. Entsprechend war die Übernahme von Twitter für die EU bereits ein böses Omen. Das von der Union erlassene sog. Gesetz über Digitale Dienste (Digital Services Act, 2022/2065) war nun die Grundlage eines Briefes (?) des Kommissars für den Binnenmarkt Thierry Breton an Elon Musk mit der Aufforderung „falsche“ oder „manipulative“ Inhalte doch gefälligst schneller zu löschen. Anlass waren wohl Posts rund um den Hamas-Terror. Natürlich will niemand unsägliche Hamas-Prahlerien usw. gutheißen, aber dass dies nur vorgeschoben ist, wird schnell klar. Man ist bei der EU eigentlich generell gegen die Anti-Zensur-Haltung von Musk, dass eher konkrete (Gesetzes) Verstöße geahndet werden müssen, anstatt auf Verdacht zu blocken. Passend übrigens die „Antidiskriminierungs-Beauftragte“ Ferda Ataman, die bekanntlich einen persönlichen Hass auf Elon Musk hat und die Bundesregierung auffordert, sich „von dem Desinformationsnetzwerk X zurückzuziehen“.

Aber was soll der Brief von EU-Kommissar Breton nun? Man droht recht unvernünftig mit der möglichen Strafe von 6% des weltweiten Jahresumsatzes bzw. einer Sperrung von X in der EU. Oha. Wie soll dies denn aussehen, wenn man wirklich den Zugriff unterbinden möchte? Wie in China vielleicht, wo das ganze Internet über einige Datenknoten gefiltert wird? Denn sonst könnte ja jeder sofort mit einem VPN, das heute die meisten Antivirenprogramme gleich dabei haben, wieder auf geblockte Inhalte zugreifen. Jedenfalls würden dann auch lethargische EU-Befürworter merken, was die Stunde geschlagen hat. Eine Internet-Zensur ist immer das Markenzeichen schwacher, unfreier Regime.

Das Gerücht, Musk wolle sich als Reaktion aus der EU zurückziehen, scheint schon einmal nicht zu stimmen. Gut so. Einen Antrag, dies zumindest in Deutschland auch rechtlich zu garantieren, arbeite ich gerade aus.

Tobias Peterka, MdB stellv. Landesgruppenchef

Wahlkreis 237: Bayreuth

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

Ordentliches Mitglied

- Unterausschuss Europarecht
- Rechtsausschuss

Stellvertretendes Mitglied

- Ausschuss für Arbeit und Soziales
- Wahlausschuss

 /tobiasmpeterka  tobias.peterka@bundestag.de

 /tobiaspeterka

Ist der Wolf eine Bedrohung oder eine Bereicherung?

Ist der Wolf eine Bedrohung oder eine Bereicherung?

Ob eine friedliche Koexistenz zwischen Wolf und dem Menschen in unserer Kulturlandschaft überhaupt möglich ist diskutierten wir anlässlich eines Wolfs-Symposiums, welches durch meinen Landwirtschaftsarbeitskreis einberufen wurde. Die geladenen Weidetierhalter hatten eine klare Meinung zu mehreren Hundert gerissenen Schafen, Ziegen, Rindern und sogar Pferden. Städter, die den Wolf nur aus dem Märchen kennen haben vielfach eine sehr verklärte Meinung zu der stark angewachsenen Wolfspopulation in Deutschland. Die Zahl der gerissenen Tiere hat sich inzwischen verdoppelt. Im Gespräch mit einem geschädigten Nutztierhalter, der einst 2.500 Nutztiere hielt, wurde allen Beteiligten deutlich, dass auch ein verstärkter Herdenschutz mit Zäunen über 1,20 Metern und sogar Hütehunde kein Hindernis für Isegrim darstellen.

Der Wolf – ein riesiges Geschäft?

Der Wolf mutiert zu einem Geschäftsmodell für grüne Umweltverbände, um die Weidetierhaltung und die Landwirtschaft abzuschaffen. Herdenschutz-hunde werden vom Naturschutzbund ausgebildet und zum drei- bis vierfachen Preis an die Schäfer weiterver-

kauft. Wird der sogenannte Rissgutachter herbei bemüht, beurteilt er den entstandenen Schaden oft sehr willkürlich. Die Herden sind nach diesen Wolfsangriffen traumatisiert, sind ängstlich, reagieren panisch, wenn sich Menschen mit ihren Hunden nähern. Auch die betroffenen Tierhalter benötigen psychologische Betreuung beim Anblick der zerfleischten und verstümmelten Tierkadaver.

Wir fordern Regulierung!

Der Wolf muss in Deutschland endlich reguliert werden, die AfD – Fraktion im Bundestag fordert die Reduktion der Population auf 1.000 Individuen. Auch eine bundeseinheitliche Regelung für eine zeitnahe und vollständige Entschädigung von Wolfsrissen sowie eine Beweislastumkehr bei der Rissbegutachtung zugunsten der Geschädigten werden zwingend nötig.

Wir kämpfen als einzige Fraktion an der Seite der Landwirte für ein vernunftbetontes Wolfsmanagement!

Peter Felser, MdB

Wahlkreis 256: Oberallgäu
Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag
Ordentliches Mitglied

- Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft
- Stellv. Mitglied
- Verteidigungsausschuss

 peter.felser@bundestag.de

 @PeterFelser

 /peterfelserafd

 www.peterfelser.de

AfD-Positionen sind politischer Trend!

Die CDU Deutschlands lehnt Koalitionen und ähnliche Formen der Zusammenarbeit sowohl mit der Linkspartei als auch mit der Alternative für Deutschland ab.“ (CDU-Parteitagsbeschluss von 2018) „Wir brauchen einen neuen Asylkompromiss.“ (Michael Kretschmer, CDU) „Das individuelle Recht auf Asyl muss ersetzt werden“, schreibt Thorsten Frei, parlamentarischer Geschäftsführer der Unions-Fraktion.

„Die durchaus teuer finanzierten Antisemitismus-Präventionsprogramme haben keinen Erfolg gehabt. Wir müssen das von Grund auf neu aufstellen.“ (Burkard Dregger, CDU)

„Wir müssen schneller abschieben.“ (Olaf Scholz, SPD)

So tönt es zurzeit aus den Altparteien, insbesondere aus der Union, die unsere Anträge und Forderungen gnadenlos kopiert. Das letzte Beispiel:

Antrag der Fraktion der CDU/CSU „Bezahlkarte einführen – Sachleistungsprinzip konsequent umsetzen“ Drucksache 20/8729. Das Gleiche hatten wir schon vor einem Jahr unter dem Titel „Sozialstaatsmagnet sofort abstellen“ mit der Drucksache 20/4051 gefordert und damit der Union offensichtlich Denkipulse gegeben.

Derzeit prüft das Finanzministerium unter Christian Lindner (FDP), ob „die

Verhinderung von Überweisungen von Asylbewerbern in ihre Heimatländer technisch und rechtlich möglich wäre“, so die offizielle Kommunikation des Finanzministeriums. Dieser Vorstoß wird im Spiegel als politischer Trend bezeichnet! Anders ausgedrückt: die AfD-Positionen sind jetzt politischer Trend.

So sieht es überall aus in den deutschen Parlamenten, egal ob auf Kommunal-, Landes- oder Bundestagebene. Insbesondere die Union ringt um Ihre Wähler, denn die Wahlen in Bayern und Hessen haben deutlich gezeigt, dass die Mehrheit der Bürger eine konservative Politik will – gerne auch in einer Koalition AfD/CDU. Die Hälfte der Bürger hätte laut Umfragen damit kein Problem.

Die Wendehälse in den Altparteien aber fürchten sich die „Brandmauer“ einzureißen. Sie geben sich den Anschein, keinesfalls mit der AfD zusammenzuarbeiten. Das gelingt in der Praxis aber längst nicht mehr überall, wie zum Beispiel in Thüringen, wo die CDU mit der AfD gemeinsam über die Senkung der Grunderwerbssteuer abgestimmt hat. Dennoch lehnt man unsere Anträge im Parlament offiziell weiterhin ab, um sie anschließend zu kopieren und als eigene auszugeben.

Kurz: Steht zwar „CDU“ drauf, ist aber original AfD drin.

Gerrit Huy, MdB

Wahlkreis 226: Weilheim

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

- Obfrau im Ausschuss für Arbeit und Soziales
- Ordentliches Mitglied im Ausschuss für Arbeit und Soziales
- Arbeitsmarktpolitische Sprecherin
- Obfrau Unterausschuss Bürgerschaftliches Engagement
- Stellv. Mitglied im Finanzausschuss

 gerrit.huy@bundestag.de

 [@GerritHuy](https://twitter.com/GerritHuy)

 [/gerrithuy.afd](https://www.facebook.com/gerrithuy.afd)

 www.gerrithuy.de

 [@gerrithuy.afd](https://www.instagram.com/gerrithuy.afd)

 t.me/gerrithuy

 YouTube

 [@gerrithuy](https://www.tiktok.com/@gerrithuy)

Ich stellte Strafanzeige gegen Habeck: Hat er den Nord Stream-Pipelines den „Garaus“ gemacht?

Die Bundesregierung steckt angeblich hinter dem Anschlag vom 26. September 2022 auf die kritische Infrastruktur der Erdgas-Pipelines, die unsere Wirtschaft, unsere Bürger mit umweltfreundlichem und kostengünstigem Erdgas versorgt hatten. Der „Anfangsverdacht“ liegt auf der Hand. Er wurde nicht von irgendjemandem und auch nicht nur hinter vorgehaltener Hand geäußert. Die EU-Abgeordnete Viola von Cramon-Taubadel machte vor laufender Kamera beim Bundesparteitag der GRÜNEN Robert Habeck keine drei Wochen nach dem perfiden Anschlag – das auch noch mit dummdreistem Stolz – dafür verantwortlich. Dies geht aus Videoaufzeichnungen des TV-Senders Phoenix hervor, die auch heute noch abgerufen werden können (ab Minute 58:08, https://youtu.be/z_XXBnlc8UJ):

»... und als Robert [Habeck] dann der Nord Stream 2-Pipeline endlich den Garaus gemacht hat, hatte ich am nächsten Morgen beim Betreten des Aufzugs ein ‚High Five‘ von meinen polnischen Kollegen. Dass polnische Kollegen, inklusive der PiS, uns feiern, uns Grüne in Deutschland feiern, uns sagen: Vielen Dank, ihr habt es endlich verstanden. Ihr macht das möglich, was 16 Jahre zuvor nicht möglich gemacht wurde, auch dafür ganz herzlichen Dank an diese Bundesregierung, an Robert und Annalena.«

Als meine Recherchen ergaben, dass diese klar von einer offensichtlichen Mitwisserin dokumentierte Schuldzuweisung keinerlei Rolle in den Untersuchungen des auf die lächerliche Segelboot-Theorie fokussierten Generalbundesanwalts spielte, entschloss ich mich am 1. Jahrestag des perfiden Angriffs auf Deutschlands Energie-Lebensader bei der Staatsanwaltschaft Berlin Strafanzeige zu erstatten.

Darin fordere ich die Untersuchung der Rolle Habecks bei der Planung und Vorbereitung der Anschläge, von denen auch Bundeskanzler Scholz, laut Seymour Hershs CIA-Informationen, mit Sicherheit Vorkenntnisse gehabt haben muss. Sicher erinnert sich Scholz nur nicht mehr daran... Meine Strafanzeige zielt auf den Straftatbestand § 88 Strafgesetzbuch der „verfassungsfeindlichen Sabotage“. Dieser Paragraph greift auch bei Anschlägen auf „Anlagen, die der öffentlichen Versorgung mit [...] Kraft [z.B. Erdgas] dienen.

Staatsanwaltschaft und Gerichte mögen schweigen, aber wenn der Wähler als der Souverän die AfD 2025 über die magische 25 %-Marke hinaus stärken sollte, dann kommen Habeck und Scholz SOFORT ins Feuer unseres bislang blockierten Untersuchungsausschusses.

Dr. Rainer Rothfuß, MdB

Wahlkreis 256: Oberallgäu

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

- Ausschuss für Angelegenheiten der Europäischen Union
- Stellvertretendes Mitglied: Interparlamentarische Konferenz für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP)
- Stv. Vorsitzender der Deutsch-Brasilianischen Parlamentariergruppe

✉ rainer.rothfuss@bundestag.de

📘 /Dr.Rainer.Rothfuss

🌐 www.rainer-rothfuss.de

📍 t.me/rainerrothfuss

📺 /@DrRainerRothfuß

🐦 /DrRothfuss

**Gefällt Ihnen unser
Rundbrief?**

Wir freuen uns über Ihr Feedback unter:
landesgruppe@afdbayern.de



**Politik für Deutschland
AfD Bayern im Bundestag**